

Partei, womit er zugleich den Keim zur Zersplitterung legte. In seiner Partei haben seine Lehren dauernd nachgewirkt; immer haben die Lassalleaner nur gefragt: Was nützen die Gewerkschaften der Partei?

Noch ein anderer für die Gewerkschaften wichtiger Kongreß sagte vor fünfzig Jahren: der fünfte Vereinstag der Arbeiterbildungsvereine vom 5. bis 7. September in Nürnberg. Dort beschloßen die Arbeitervereine, nachdem sie sich zuvor zum Programm der Internationale bekannt hatten, daß die Gründung von gewerkschaftlichen Zentralverbänden in die Hand genommen werden solle. Liebknecht, der der führende Theoretiker der Nürnberger Majorität war, begründete deren Auffassung im »Demokratischen Wochenblatt« (vom 14. und 21. November 1868) folgendermaßen:

Grundfalsch ist es, die Streiks (Arbeitseinstellungen) als Zweck der Trade Unions hinzustellen. Der Streik war und ist den aufgeklärten englischen Arbeitern nur ein Kampfmittel. Sie wissen, daß der Lohn unter den heutigen Produktionsverhältnissen nicht über eine fest bestimmte Höhe emporzutreiben ist, und wenn sie sich zu den kolossalen Opfern, die ein Streik auferlegt, entschließen, so geschieht es einzig in der Absicht, Forderungen, die ihnen gerecht scheinen, durchzusetzen, oder Zumutungen, die ihnen ungerecht erscheinen, zurückzuweisen. Jedenfalls ist es den Trade Unions gelungen, willkürliche Lohnverkürzungen abzuwehren, einen gleichmäßigen, dem Marktpreis der Arbeit entsprechenden Lohnsatz zu erwirken und den Arbeitern eine würdige Behandlung seitens der Kapitalisten zu sichern.... Neuerdings geht in England und in den Vereinigten Staaten, die dem Mutterland diese Organisationen entlehnt haben, ein bedeutsamer Umschwung innerhalb der Trade Unions vor. Statt um höhere Löhne ringt man um kürzere Arbeitszeit und stellt als Hauptziel hin: die Ersetzung der Lohnarbeit durch Produktionsgenossenschaften.

Solange die Lohnarbeit herrscht, wird der Marktpreis der Arbeit sich nach dem »Gesetz von Nachfrage und Angebot« regeln und niemals nach den menschlichen Bedürfnissen. Diese können bloß außerhalb der Arbeitszeit zur Geltung kommen; je mehr freie Zeit der Arbeiter hat, desto erfolgreicher kann er sich seiner geistigen und physischen Ausbildung widmen, desto besser seine staatsbürgerlichen Pflichten erfüllen und sich für den endgültigen Befreiungskampf seiner Klasse vorbereiten. Hierin liegt die hohe sittliche Berechtigung und politische Bedeutung der gegenwärtigen Achtstundenbewegung in England und Amerika. Die Interessen der Arbeiter zu wahren und zu fördern und zu diesem Behuf die vereinzelt und vereinzelt ohnmächtigen Arbeiter in eine gemeinsame Organisation zu vereinigen, das ist Zweck und Wesen der Gewerkschaften.

Damals war das »Kapital« von Karl Marx bereits erschienen. Der Artikel Liebknechts zeigt, daß dieser davon noch wenig beeinflusst war, so sehr er sich auch auf Marx berief. Marx hat in gewerkschaftlichen Fragen erst später Einfluß in Deutschland erlangt. Trotzdem waren es die Sozialisten um Bebel und Liebknecht, die die Gewerkschaften weit richtiger als Schweizer und seine Nachfolger zu würdigen wußten.

Neuordnung der Zentrumspartei?

Von R. Kempkens.

Das Zentrum steht, wie die Sozialdemokratie, noch heute unter den Nachwirkungen der Bismarckschen Gewaltmaßnahmen, die das politische Leben Deutschlands verfälschten. Wenn heute trotz des Auseinanderstrebens ihrer verschiedenartigen Bestandteile die Zentrumspartei noch immer eine

gewisse äußerliche Geschlossenheit zeigt, verdankt sie das hauptsächlich den Traditionen der Kulturkampfzeit. Doch vermögen alle Hinweise auf die einftige und heutige Gefährdung des Katholizismus die Zuspizung der inneren Gegensätze nicht aufzuhalten. Die Reibungen im Zentrumslager wachsen. Im Vordergrund steht die sogenannte Arbeiterfrage, das heißt die Frage, wie die katholische Arbeiterschaft mit der vom Zentrum betriebenen, vornehmlich den Interessen des mittleren Besitzes dienenden Politik ausgeöhnt werden kann. Daß eine solche Ausöhnung unmöglich sei, haben die Führer der agrarisch-feudalen Gruppe im Zentrum nicht nur erkannt, sondern auch mehrfach offen ausgesprochen. Sie wollen deshalb auf die Arbeiter verzichten, um eine gänzlich ungestörte Interessenpolitik mit den Konservativen, dem Bunde der Landwirte und den Liberalen der Schwerindustrie machen zu können. Andererseits legen auch die Arbeiter keinen Wert auf das Verbleiben der Adelsgruppe in der Partei. Die alles aufwühlenden Weltereignisse haben die gärenden Massen im Zentrum in stürmische Bewegung versetzt, die sich noch steigerte, als die preußische Wahlreform auf der politischen Bildfläche erschien. Die Anhänger des Zentrums in den industriellen Arbeiterkreisen erkannten, daß die sogenannte »ausgleichende« Politik ihrer Partei auf Kosten der besitzlosen Schichten gemacht wird. Die klerikalen Arbeiterführer sahen daher ihren Anhang teils grollend beiseite stehen, teils stürmisch auf sie eindringen mit dem Begehren, daß sie die Partei, der sie bisher treue Heeresfolge geleistet hatten, nunmehr zwingen sollten, die jahrzehntelang verkündeten Verheißungen wahrzumachen.

So sind die großen Kundgebungen der Arbeiterwähler des Zentrums entstanden, durch die in der letzten Zeit die Öffentlichkeit überrascht wurde: die Demonstration der katholischen Arbeiter Westdeutschlands am 23. Juni 1918 in Bochum und die Stegerwaldsche Rede vor der Arbeitnehmervereinigung der Zentrumspartei in Köln am 27. Juli 1918. Beide Veranstaltungen stehen im Zusammenhang miteinander, wie denn auch der Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, Adam Stegerwald, in dem Vorwort zu seiner jetzt als Broschüre vorliegenden Kölner Rede¹ erklärt, daß sein Vortrag als Ergänzung zu der Kloßschen Rede in Bochum anzusehen sei.

In dieser Rede hatte der Arbeitersekretär und Stadtverordnete Kloß (Essen) ausgeführt:

Seit Jahr und Tag habe sich in der Zentrumsarbeiterschaft, insbesondere im westlichen Industriegebiet, das Gefühl der parteipolitischen Unsicherheit und der Mißstimmung geltend gemacht, das stellenweise schon zu Parteiverdroffenheit führe, namentlich bei der Beratung der preußischen Wahlrechtsvorlage. Um diesen kaum noch zu steigenden Druck nach Möglichkeit zu beseitigen und die Partei vor weiteren Schädigungen zu bewahren, sei die Bochumer Kundgebung von den Arbeiterführern veranstaltet worden. Insbesondere habe sich das Gefühl festgesetzt, daß wichtige Interessen der gewerblichen Bevölkerung Westdeutschlands zurückgestellt würden, ent-

¹ »Arbeiterwähler und Zentrumspartei«, Vortrag von A. Stegerwald, M. d. S. Verlag: Ausschuß der Arbeiterzentrumswähler Westdeutschlands; in Kommission: Kleinsche Buchhandlung J. Hesse, Krefeld. Preis 50 Pfennig.

weder aus mangelndem Verständnis oder um sich die Sympathie der ostelbischen Konservativen zu erhalten. Bei den Arbeitern bestehe die Meinung, daß sich die Politik der Gesamtpartei zu stark nach agrarischen Interessen richte. In den Zentrumssektionen sei der agrarische Teil zu stark vertreten. Wichtige Kreise wie Köln, Düsseldorf, Duisburg, Bochum, Dortmund und Hamm mit ihren 150 000 Zentrumsstimmen hätten dagegen keine direkte Parteivertretung. So entstehe der Eindruck, daß einseitige Politik getrieben und die Verbraucherinteressen geschädigt würden. Die letzte Getreidepreiserhöhung lege der Volksgesamtheit eine weitere Belastung von weit über eine Milliarde Mark auf zugunsten der Landwirtschaft. Breite Arbeiterkreise seien überzeugt, daß die Getreidepreiserhöhung in diesem Umfang zu vermeiden gewesen wäre, wenn auch die Zentrumspartei und ihre Vertreter im Ernährungsbeirat dagegen entschieden Front gemacht hätten. Auch herrsche in Arbeiterkreisen die Meinung, daß das gleiche Wahlrecht gar nicht das Maß der in Reden und Presse behaupteten religiösen Gefahren mit sich bringe. Bei der Unsicherheit einzelner Abgeordneter gegenüber dem Wahlrecht wäre die Einberufung eines preussischen Landesparteitags zweckmäßig gewesen. Wenn es zur Auflösung des Landtags kommen sollte, würden die Arbeiterzentrumswähler keinem Wahlrechtsgegner die Stimme geben können und vielleicht gezwungen sein, mit anderen Parteien das gleiche Wahlrecht durchzubringen, sofern die Wahrung der religiösen Güter gesichert werde. Die Wahlrechtsbofschaft habe in weiten Kreisen der Partei, namentlich in der Zentrumspresse, keine gute Aufnahme gefunden. Diese Kreise täuschten sich sehr, wenn sie glaubten, in kritischen Situationen brauche man nur die Kulturkampfglocke zu läuten. Es sei eine durchgreifende Reform an Haupt und Gliedern der Partei nötig.

Noch schärfer äußerte sich der Landtagsabgeordnete Bergarbeiter Vogelsang. Er sagte: »Die Partei hat gerastet und ist verrostet. Es ist muffig im Zentrumslager. Viele Strömungen machen sich geltend gegen die Arbeiter und ihre berechtigten Interessen. Wir sind nicht die Hezer, sondern die Führer der Unzufriedenen. Die Partei ist nicht mehr verankert im Volksbewußtsein. Kein Abgeordneter darf wiedergewählt werden, der gegen das gleiche Wahlrecht gestimmt hat, auch bei Reichstags- und Gemeindevahlen nicht. Wird das Arbeitskammergesetz in der Regierungsfassung angenommen, so verzichten wir am liebsten darauf. An staatsbürgerlicher Bildung stehen wir Arbeiter hoch über anderen Schichten.«

In gleicher Weise redeten andere Führer, darunter Brust und Wieber.

Etwas weniger derb, aber im selben Sinne sagte Generalsekretär Stegerwald in seiner Kölner Rede am 27. Juli: Außerlich stehe das Zentrum auf der Höhe der Macht; es stelle den Reichskanzler, den preussischen Justizminister und den Reichstagspräsidenten. Im Innern der Partei aber herrsche ein Zwiespalt wie wohl noch nie seit ihrem Bestehen. Trotz fünfzigjährigen Bestehens sei die Herausarbeitung einer einheitlichen Denkweise über die entscheidenden politischen Fragen nicht erfolgt. Die gemeinschaftliche religiöse Auffassung sei in einem großen Lande eine zu schmale Plattform für eine große Partei. Als guter Katholik könne man konservativ und auch demokratisch denken, könne überzeugter Monarchist und auch überzeugter Republikaner sein, könne für Deutschland eine starke Stellung in der Welt

erstreben, aber auch den Kantönligeist als der Weisheit letzten Schluß ansehen. Das Zentrum habe keine Orientierungspunkte, keine Leuchttürme aufgestellt. In der Reichspolitik mache der kleinbürgerliche süddeutsche Demokrat und der in ihm verkörperte Kantönligeist sich stärker als erträglich bemerkbar. Innerpolitisch hätten stets einer Anzahl rheinischer Zentrumsführer als staatliche Vorbilder die westeuropäischen Demokratien vorgeschwebt, sonstige Parteikreise aber, darunter viele katholische Adlige, lebten heute noch teilweise in den Gedankengängen des mittelalterlichen Staates oder in denen des altpreussischen Feudalstaats. Zwischen diesen Ideen sei es im Zentrum nie zu einer Verständigung gekommen. Anstatt den Fragen rechtzeitig nachzugehen, habe man »Ausweichpolitik« getrieben.

Wenn die Zentrumspartei ihre Anziehungskraft behalten wolle, habe sie sich klar zu werden, daß ihr dies nicht möglich sei, wenn sie sich bloß stützen könne auf einen kleinen Kreis von Führern und auf Bauern und Mittelständler. Die beiden letzteren gehörten zu den im Rückgang befindlichen Schichten; die ständig zunehmenden, aufsteigenden Schichten würden gebildet von den Arbeitern, Privatangestellten und Beamten. In den achtziger Jahren erhielt das Zentrum 28 Prozent der Reichstagswählerstimmen, bei der letzten Wahl nur noch 18 Prozent. Der große Konstruktionsfehler im Zentrumsgedäude sei, daß das Parteileben von jeher auf eine agrarische und mittelständlerische Grundstimmung eingestellt war, während doch die größte Gruppe der Zentrumswähler schon seit langem von den Arbeitern gestellt würde. Man schätze die Arbeiterstimmen des Zentrums auf 873 000 oder 45 bis 50 Prozent. Von Köln bis Hamm würden für das Zentrum sehr viel mehr Stimmen abgegeben, als in Württemberg und Baden zusammen, und fast ebensoviel wie in Bayern; trotzdem sei der bayerische Einfluß in der Fraktion überragend. Sehr starke geistige Bedürfnisse träten in der Umgebung, in der Bauern und Mittelstandsleute leben, nicht hervor. In dieser Atmosphäre habe sich bisher das Parteileben betätigt. Darin aber könne keine Politik gedeihen, die strebsame Leute anzöge. Die Sozialpolitik sei für die breitesten Zentrumskreise nicht G e s i n n u n g, sondern überwiegend T a k t i k gewesen. »Wir müssen Sozialpolitik machen, damit wir die Arbeiter bei der Stange halten, so konnte man es häufiger selbst in führenden städtischen Parteizirkeln im Lande hören.« (S. 30.)

Aus der agrarischen und mittelständlerischen Grundstimmung erkläre sich auch, daß man den Genossenschaften der Bauern und Mittelständler im Gegensatz zu denen der Arbeiter freundlich gegenüberstehe. »Die Arbeitermassen können nicht anerkennen, daß sie die Pflicht haben, jeden zu ernähren, der das Bedürfnis hat, einen Krämerladen aufzumachen.« Es handle sich da oft um unfüchtige Elemente, die es in ihrem Beruf zu nichts brächten. Die Arbeiter seien bereit, jede vernünftige Mittelstandspolitik mitzumachen; der Mittelständler dürfe sich aber natürlich nicht einbilden, daß ihm ohne fleißige Arbeit aufwärtsgeholfen werden müsse. »Ein ungleich schärferer Gegensatz wie zwischen Mittelstand und Arbeitern hat sich im letzten Jahrzehnt zwischen Arbeitern und Bauern in der Zentrumspartei herausgebildet.« (S. 32.) Was im Zentrumslager dieses Verhältnis ständig verschärfe, sei die starke Abfärbung der Gesamtpolitik des Bundes der Landwirte auf den agrarischen Flügel des Zentrums. Der Bund der Land-

wirke habe seit langer Zeit »eine rücksichtslosere und einseitigere Allgemein- und Agrarpolitik getrieben, wie jemals von sozialdemokratischer Seite Arbeiterpolitik vertreten worden ist« (S. 33). Die konservative Partei sei »vielfach zu einer großagratischen Klassenpartei heruntergesunken«, und die christlichen Bauernvereine hätten 1913 sich dem »Kartell der Schaffenden Stände«, dem Mittelpunkt aller scharfmacherischen und antisozialen Bestrebungen, angeschlossen. Vierzig Jahre lang habe das Zentrum in der Agitation sich gegen indirekte Steuern erklärt, um dann, ohne die Wähler vorzubereiten, 1909 mit einem Schlage für 400 Millionen Mark indirekte Steuern zu machen. Eine Ungeheuerlichkeit sei es, daß man »fünfzig Jahre lang in der Agitation sich für das gleiche Wahlrecht in Preußen einsetzt und dann, wenn diese Forderung verwirklicht werden soll, die Partei an allen Ecken und Fugen kracht« (S. 37). Drei Jahre lang habe man stramme Kriegszielpolitik gemacht, um dann wie ein Blitz aus heiterem Himmel einer Kriegszielerklärung zuzustimmen, die das größte Durcheinander in der Partei anrichten mußte.

Die vom Zentrum 1906 bis 1912 betriebene Reichstagspolitik nannte Stegerwald eine Pferdekur an der Partei. Nach der Oppositionsstellung von 1906/07 verschrieb es sich bei der Finanzreform von 1909 mit Haut und Haaren den Konservativen; es mußte unpopuläre Steuern annehmen, die populäre Erbschaftssteuer dagegen ablehnen, den Konservativen zuliebe. Bei den Wahlen von 1907 und 1912 brachte man dann die Arbeiteranhänger »in die scheußlichste Situation«. Die Zentrumsbauern wären unter solchen Umständen restlos zum Bunde der Landwirte abgeschwenkt. »Eine solche Politik würden die Arbeiterwähler der Zentrumspartei unter keinen Umständen ein zweites Mal mitmachen.«

Die Arbeiterwähler, nicht von den christlichen Führern spricht Stegerwald, werden in der Tat, das ist auch meine Ansicht, eine solche Politik nicht mehr mitmachen. Dafür hat der große Umwälzer und Aufklärer Krieg gesorgt. Stegerwald und Genossen fordern Abkehr des Zentrums von den Konservativen. Mit wem soll dann aber das Zentrum eine Mehrheit bilden in all den Fragen, die es von der Linken scheiden? Das Wesen des Zentrums ist konservativ.

Die Reformbestrebungen der christlichen Arbeiterführer im Zentrum werden die Schwierigkeiten der Zentrumspolitik noch steigern. Das Zentrum hat seine politische Mission erfüllt. Eine eigentliche Partei ist es nie gewesen, sondern nur ein Bund von Parteilchen, die durch eine gewalttätige Kirchenpolitik zusammengeführt und zusammengehalten wurden. Heute existiert das Zentrum im großen und ganzen nur noch auf Grund einer Tradition. Stegerwald sagt selbst, daß die Bauern dem Zentrum längst wegelaufen wären, wenn es sie so behandelt hätte, wie es die Arbeiter behandelt hat. Darum ist auch das Zentrum ein Feind der allgemeinen Verhältniswahlen, denn bei solchen würden die agrarischen Elemente meist heute schon konservativ wählen.